

Schweizerische Gesandtschaft.



Berlin, 4 Juli 1889.

Confidentiel.

Hochgeachteter Herr Bundesrath

Unter bester Verdankung beehre ich mich, Ihnen den Empfang des chiffirten Telegramms von gestern Abend zu bestätigen. Ich ersehe aus dem in demselben enthaltenen Résumé der neuesten deutschen Note, dass die diesbezüglichen Andeutungen meines Schwärmers, von denen ich Ihnen telegraphisch Kenntniss gegeben, im Grossen und Ganzen zutreffend waren.

Betreffend den Niederlassungsvertrag, geht die Note der Form nach freilich weiter, als ich nach den gedachten Informationen annehmen zu müssen glaubte. Der Fürst stellt uns also die Kündigung in Aussicht, gestützt auf Art. 11 des Vertrags. Au fond kommt aber diese Kündigung doch einem Antrage auf Revision gleich, indem diesen Punkt betreffend in der Note gesagt wird „que sans cela l'Allemagne n'aurait aucun intérêt à remplacer le traité actuel par un autre traité“.

Für das weitere Vorgehen der Kaiserlichen Regierung nach dieser Richtung dürfte die zu erwartende Antwort des Bundesrathes ausschlaggebend sein.

Herrn Bundesrath Drog,

Bern

BAR

213

195





Und da ich nicht annehmen kann, dass der Bundesrath in der Lage sein werde, betreffend Art. 2 des Vertrages Erklärungen abzugeben, welche dem Fürsten Bismarck auch nur einigermaßen befriedigen könnten, so sehe ich also der demnächstigen Kündigung des Vertrags, Seitens Deutschlands, verbunden mit dem Antrage, über einen neuen Vertrag zu verhandeln, als ziemlich sicher entgegen.

Diese Action wird dann wohl als ein vorläufiger Abschluss des Conflictes aufgefasst werden können und dürfte die Kaiserliche Regierung doch kaum darauf dringen, dass die Verhandlungen für einen neuen Vertrag sofort aufgenommen werden, denn der Einsicht, dass ein solches Drängen weder notwendig, noch zweckdienlich wäre und dass wir gegenseitig im Interesse der Sache wünschen müssen, für solche Unterhandlungen die Rückkehr normaler diplomatischer Beziehungen abzuwarten, wird man sich auch hier nicht verschliessen wollen.

So denke ich mir den Verlauf der Frage der Kündigung des Niederlassungs-Vertrags, soweit ich im Moment die Situation zu beurtheilen vermag. Darüber, was materiell bei dieser Revision des Vertrags herauskommen soll und ob es überhaupt möglich sein wird, einen Vertrag zu Stande zu bringen, bin ich freilich bis auf Weiteres noch ganz im Unklaren.

Ist der Bundesrath, wie Sie es andeuten, in der



Lage, die letzte deutsche Note in concilianter Weise zu beantworten und bei diesem Anlasse der Kaiserlichen Regierung puncto Massnahmen betreffend Reorganisation der Fremdenpolizei etwas bestimmtere und detaillirtere Mittheilungen zu machen, so dürften wir anderseits die Eventualität der Ausführung der angedrohten Grenzrepression als bis auf Weiteres ausgeschlossen betrachten können. Damit wäre wieder ein Stein aus dem Wege geschafft und die spätere Rückkehr zu einer weniger schroffen Erörterung der materiellen Differenzen erleichtert.

Die neueste Kundgebung der deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz, d. h. des „Landesausschusses“ derselben, liefert nach meinem Dafürhalten einen neuen Beweis dafür, dass es bei uns, betreffend Duldung der fremden agitatorischen Elemente, entschieden anders werden muss. Wir stehen also, wie wir aus obengenannter Kundgebung ersehen, einem festorganisierten Bunde der deutschen Sozialdemokraten gegenüber, mit einem Ausschusse an deren Spitze, einem Bunde, welcher mit den Sozialdemokraten in Deutschland zweifellos in Verbindung steht und dieselben in ihrer Bekämpfung der Regierungspolitik unterstützt. Und diese Menschen tragen kein Bedenken, gerade in dem jetzigen kritischen Momente in dieser Weise sich breit zu machen und uns neue Ungelegenheiten zu bereiten. Wenn solchen



Auswüchsen der Vereinbarkeit etc. der Fremden bei uns in der Folge nicht mit aller Energie entgegengetreten wird, so riskiren wir jeden Augenblick wieder neue Differenzen mit den Regierungen der beteiligten Mächte und werden schliesslich alle Loyalitäts- und Ordnungsdemonstrationen der Bundesbehörden und der ruhigeren Elemente des Schweizervolkes im Auslande kaum mehr ernst genommen werden.

Noch muss ich Ihnen die Mittheilung machen, dass mein oft citirter Gewährsmann Berlin mit längerem Urlaub verlassen hat, dass Ende dieser Woche der ganze deutsche Bundesrath in Urlaub geht und auch die Mehrzahl meiner Collegen mit Anfang nächster Woche von Berlin abreist. Dass der Fürst Bismarck in Varzin Quartier genommen und der Graf Bismarck ebenfalls abwesend ist, habe ich Ihnen bereits gemeldet. Dies Alles führe ich namentlich deswegen an, weil es mir in Folge dessen von nun an äusserst schwer fallen dürfte, Informationen über die Situation einzuziehen, zumal ich mich zu diesem Zwecke nicht an das Auswärtige Amt wenden kann und der russische und der oesterreichische Botschafter von mir in Sachen auch nicht wohl aufgenutzt werden können.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrath, die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ihr ergebenster

Moth